

## **Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat**

### **betreffend Petition: Bildungswahl für alle statt für wenige**

2019/795

vom 18. August 2020

#### **1. Ausgangslage**

Die Petition «Bildungswahl für alle statt für wenige – Jedem Kind die beste Bildung» wurde am 20. November 2020 mit 1'171 Unterschriften bei der Landeskantonalen Regierungskanzlei und dem Landrat eingereicht. Die Geschäftsleitung des Landrats überwies die Petition am 28. November 2019 der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission zur Vorberatung.

Die Petition fordert, gesetzliche Grundlagen zu schaffen und Massnahmen zu ergreifen, die im Ergebnis vier Aspekte einer freien Schulwahl ergeben sollen: Erstens die Umsetzung der Menschenrechte, so dass die Eltern die Art der Bildung wählen können, welche ihren Kindern zuteil werden soll; zweitens die Einführung eines Elternrechts, womit diese unabhängig vom Wohnort aus einem Angebot unterschiedlicher Modelle der Staatsschulen ein für ihr Kind geeignetes wählen können; drittens die öffentliche Finanzierung auch nichtstaatlicher Schulen, wenn dadurch der offene und für alle Kinder unentgeltliche Zugang gewährleistet ist; und viertens sollen die Entwicklung einer Vielfalt von Bildungsmodellen und deren Autonomie staatlich gefördert werden. Demnach schafft erst eine Vielfalt unterschiedlicher Bildungsmodelle Wahlmöglichkeiten, welche die unterschiedlichen Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern abdecken.

Die Forderungen werden so begründet, dass die Eltern zwar die Verantwortung für das Wohl ihrer Kinder tragen, im Bereich Bildung aber nur mitwirken und nicht mitbestimmen können. Mit der freien Bildungswahl hätten die Erziehungsberechtigten die entsprechende Entscheidungskompetenz. Wie verschiedene Studien zeigten, würden die Volksschulen zudem an ihre Grenzen stossen, allen Kindern gerecht zu werden. Als Beispiele werden Schulabbrüche, die Vielzahl an Therapien, das Sitzenbleiben und Bildungsdefizite genannt. Die Schulwahlmöglichkeit würde des Weiteren zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen. In manchen Fällen könne eine nichtstaatliche Schule den Bedürfnissen eines Kindes gerechter werden. Familien, die nichtstaatliche Schulen wählen, müssen aber sowohl für das Schulgeld aufkommen als auch Steuern für die staatlichen Schulen bezahlen.

Für Details wird auf den beiliegenden Petitionstext und die dazugehörigen ergänzenden Dokumente verwiesen.

#### **2. Kommissionsberatung**

##### **2.1. Organisatorisches**

Die Petition wurde an der Sitzung vom 4. Juni 2020 in Anwesenheit von Regierungsrätin Monica Gschwind, Generalsekretär Severin Faller und Beat Lüthy, Leiter Amt für Volksschulen (AVS), beraten. Seitens Petitionskomitee wurden Fredi Jaberg, Präsident Elternlobby Schweiz, und Sandra Jeger angehört.

##### **2.2. Eintreten**

Eintreten war unbestritten.

### 2.3. Detailberatung

– *Schriftliche Stellungnahme des Regierungsrats vom 19. Mai 2020*

In seiner schriftlichen Stellungnahme zuhanden der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission hält der Regierungsrat fest, die erste Forderung der Petition sei im Kanton Basel-Landschaft bereits erfüllt. Der Bildungsanspruch gemäss der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) auf Vermittlung von Wissen und geistiger Entfaltung werde im Kanton Basel-Landschaft umgesetzt. So hat jedes Kind freien Zugang zu einem hochwertigen öffentlichen Bildungssystem. Mit der Achtung unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Anschauungen in der öffentlichen Schule und dem Angebot von Privatschulen wird das Elternrecht auch gemäss Art. 26 Abs. 3 AEMR erfüllt. Aus Art. 26 Abs. 3 ergibt sich allerdings kein Anspruch auf eine öffentliche Finanzierung von Privatschulunterricht beziehungsweise der Wahl einer pädagogisch-weltanschaulich spezifisch profilierten Ausbildung.

Der Regierungsrat lehnt die Forderungen der Petition ab und hält an der heutigen Form der Koexistenz zwischen öffentlichen Schulen und privat finanzierten nichtstaatlichen Schulen fest. Eine stärkere Mitfinanzierung der privaten Schulen lehnt er ab. Eine Volksinitiative mit praktisch gleichlautenden Forderungen sei zudem im Jahr 2008 vom Souverän mit deutlichen 80 %-Nein-Stimmen abgelehnt worden.

Die Angebote der Volksschule sind aus Sicht des Regierungsrats angemessen und stehen in guter Qualität zur Verfügung. Anstelle erheblicher finanzieller Investitionen für eine stärkere Mitfinanzierung von Privatschulen und eine auf Wettbewerb und Profilierung ausgelegte Schullandschaft sieht es der Regierungsrat als prioritäre Aufgabe an, die öffentlichen Schulen weiterzuentwickeln. Die Chancengleichheit zum Erwerb eines minimalen Bildungserfolgs für alle Schülerinnen und Schüler ist dabei die übergeordnete Zielsetzung.

– *Anhörung einer Delegation der Petentinnen und Petenten*

Das Petitionskomitee, eine Vertretung der Elternlobby Schweiz, erläuterte im Rahmen der Anhörung ihre Unterscheidung dreier Schularten: Staatschulen, Freie Schulen und Privatschulen. Staatschulen sind offen für alle Lernenden, stehen unter öffentlich-rechtlicher Trägerschaft und sind öffentlich finanziert. Die so genannten Freien Schulen haben eine freie Trägerschaft und können das pädagogische Modell frei wählen. Sie sind nicht gewinnorientiert, öffentlich finanziert und ebenfalls für alle Lernenden offen. Der Kanton entscheidet über die Anerkennung einer Schule als Freie Schule. Freie Schulen gibt es in der Schweiz bereits, oftmals handelt es sich um katholische Schulen mit einem öffentlichen Auftrag. Staatliche und Freie Schulen erfüllen die gleichen Aufgaben, haben die gleichen Bedingungen und ergänzen sich im Angebot. Privatschulen als dritte Schulart haben eine privatrechtliche Trägerschaft und werden privat finanziert. Sie können gewinnorientiert arbeiten und Lernende aus finanziellen, religiösen oder anderen Gründen ausschliessen.

Die Elternlobby setzt sich nicht für Privatschulen ein, also Schulen mit privatrechtlicher Trägerschaft mit privaten Anliegen, sondern für Anbieter mit öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Trägerschaft, die öffentliche Schulen anbieten. Eltern sollen die Möglichkeit erhalten, zwischen unterschiedlichen öffentlichen Schulen – zwischen Volksschulen und Freien Schulen – eine Bildung für ihr Kind zu wählen, bei der es sich gut und gesund entwickeln kann.

Ob das Petitionskomitee der Ansicht sei, dass die Bestrebungen des Kantons, das Ziel der Chancengerechtigkeit zum Erwerb eines minimalen Bildungserfolgs für alle Schülerinnen und Schüler zu erreichen, nicht genügten, lautete eine Frage aus der Kommission. Besteht der Eindruck, dass zu viele Kinder nicht ausreichend unterstützt werden können?

Die Delegation der Petentinnen und Petenten erläuterte, dass die Volksschule für viele Kinder das passende Angebot sei und die Lehrpersonen mit ihren begrenzten Ressourcen gute Arbeit leisten. Dennoch gebe es immer wieder Kinder, die in einer Klasse nicht mehr mitgenommen werden können. Rund 30 % der Kinder in der öffentlich-rechtlichen Schule erhielten eine therapeutische oder medikamentöse Behandlung, um die Schule zu bestehen. Wobei wiederum ein Drittel dieser 30 % mit grossen Problemen zu kämpfen habe. Für diese Kinder brauche es die Möglichkeit von Freien

Schulen oder, als ein erster wichtiger Schritt die Möglichkeit, die Gemeinde zu wählen, in der die Schule besucht werden soll.

Ein Kommissionsmitglied erkundigte sich, ob man mit der freien Schulwahl nicht in Kauf nehme, dass die soziale Segregation verstärkt und die Chancengerechtigkeit verringert werde. Diverse Studien zeigten, dass die freie Schulwahl und insbesondere die Freien Schulen entsprechende Auswirkungen hätten.

Die Vertretung des Petitionskomitees bestätigte, es gebe einzelne Beispiele von Ländern, in denen die Freien Schulen die Chancengerechtigkeit minimierten. In anderen Ländern, beispielsweise in England, funktioniere das System aber gut. Zudem würden in Ländern mit einer freien Schulwahl nur rund 10 % der Schülerinnen und Schüler eine andere Schule als die am nächsten gelegene besuchen. Auch in der Schweiz wäre wohl mit keiner grösseren Wanderung zu rechnen. Problematisch sei aktuell, dass es eine Zweiklassengesellschaft gebe. Vermögende Eltern haben die Möglichkeit, ihre Kinder, sollte es ihnen in der Staatsschule psychisch schlecht gehen, in eine Privatschule zu schicken. Wer nicht über die finanziellen Mittel verfügt, dem bleibe diese Möglichkeit verwehrt und die Kinder müssten in der Folge entweder psychologisch betreut oder medikamentös behandelt werden oder sie verlieren den Anschluss. Die Petition ziele darauf, diesen Kindern einen Ausweg und eine gesunde Situation zu bieten.

Abschliessend hielt die Delegation der Petentinnen und Petenten fest, dass es in Anbetracht der vielen Kinder, welche die Schule nur mit Hilfe von therapeutischen oder medikamentösen Massnahmen bestehen, erstaunlich sei, dass die Politik nicht offen für neue Lösungen ist. Die 1'171 Unterschriften zeigten, dass das Bedürfnis nach solchen Alternativen auch in der Bevölkerung vorhanden sei. Sollte die Petition nicht zu einem Umdenken bewegen, werde man das Anliegen auf anderen politischen Wegen weiterverfolgen.

– *Würdigung durch die Bildungs-, Kultur und Sportkommission*

Die Mitglieder Bildungs-, Kultur- und Sportkommission teilten die Bedenken des Petitionskomitees betreffend die vielen Kinder und Jugendlichen, die medikamentös oder therapeutisch behandelt werden. Es kam jedoch auch der Einwand, dass es sich dabei nicht unbedingt um ein Problem der Schule handle, sondern die Gründe vielmehr bei den wachsenden Ansprüchen der Gesellschaft oder der Eltern zu suchen seien. Dennoch stimmte die Kommission der Einschätzung zu, dass die Volksschule nicht für alle Kinder das gleichermassen geeignete Modell sei und zeigte grosses Verständnis für die Sorgen und Ängste der betroffenen Familien. Die Kommission war sich mehrheitlich einig, dass der Kanton die Zuweisungspraxis an Privatschulen bei Kindern mit besonderen Bedürfnissen durchaus etwas liberaler gestalten und nochmals überdenken dürfte. Die derzeit rund 20 Privatschulzuweisungen, wie sie bereits im Rahmen der Beratung der Vorlage [2019/139](#) zur Sonderpädagogik und Speziellen Förderung diskutiert worden waren, deuteten auf eine eher restriktive Zuweisungspraxis hin. Des Weiteren sprachen sich mehrere Kommissionsmitglieder dafür aus, dass sich die Volksschule nicht scheuen sollte, auch von den Privatschulen und deren Modellen zu lernen. Das oberste Ziel sollte dabei immer sein, dass kein Kind durch die Maschen fällt.

Die freie Schulwahl stiess in der Kommission hingegen auf keine Zustimmung. Als Argumente wurden mögliche Probleme bei der Schulraum- und Personalplanung, die zu erwartende Konkurrenzsituation zwischen den Schulen sowie der negative Einfluss auf die Chancengerechtigkeit genannt. Kinder, die bereits heute von ihren Familien kaum gefördert werden, wären bei einer freien Schulwahl noch stärker benachteiligt, wie dies das Beispiel der USA zeige.

Des Weiteren wurde eingebracht, dass es immer Jugendliche geben werde, die Schwierigkeiten in der Schule haben. Dies gehöre ein Stück weit zur Pubertät dazu. Selbst wenn das Schulsystem noch so optimiert sei, könnten nie sämtliche Probleme ausgemerzt werden. Letztlich dürfe auch das Wohl des Kindes nicht mit Wohlfühlen verwechselt werden. In einer Schule komme es immer wieder zu Situationen, in denen sich ein Kind nicht wohl fühle, die aber aus einer Gesamtperspektive dem Wohl des Kindes dienen.

Eine Kommissionsminderheit setzte sich dafür ein, die Petition als Postulat zu überweisen und die Gelegenheit zu ergreifen, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um die Zusammenarbeit mit Privatschulen und Freien Schulen zu stärken. Familien, deren Kinder sich in der Volksschule nicht zurechtfinden, könnte so viel Leid erspart werden. Ein anderes pädagogisches Setting sei zudem teilweise auch kostengünstiger als die zahlreichen sonderpädagogischen Massnahmen an der Volksschule. Der Antrag, dem Landrat zu empfehlen, die Petition als Postulat zu überweisen, wurde mit 9:4 Stimmen abgelehnt.

### **3. Antrag an den Landrat**

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission empfiehlt dem Landrat mit 13:0 Stimmen, die Petition zur Kenntnis zu nehmen.

18.08.2020 / pw

#### **Bildungs-, Kultur- und Sportkommission**

Pascal Ryf, Präsident

#### **Beilage/n**

- Petitionstext

Petition Basel-Land  
**Bildungswahl für alle statt für wenige**  
Jedem Kind die beste Bildung

Wir fordern den Landrat und die Regierung des Kantons **Basel-Land** auf, gesetzliche Grundlagen zu schaffen und Massnahmen zu ergreifen, die dazu führen, dass...

1. die Erklärung der **Menschenrechte Art. 26 Abs. 3** umgesetzt wird:  
**„Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.“**  
Menschenrechte sind Rechte, die **unabhängig von den finanziellen Verhältnissen**, in Anspruch genommen werden können.
2. die **Eltern** unter verschiedenen Schulmodellen der Staatsschulen ein für ihr Kind geeignetes Modell **wählen** können, **unabhängig der Postleitzahl**.
3. nichtstaatliche Schulen auch anteilmässig öffentlich finanziert werden, wenn die Schulen dadurch den **offenen und unentgeltlichen Zugang für alle Kinder** gewährleisten.
4. **Art. 41 der Schweizerischen Bundesverfassung** umgesetzt wird:  
**„Die Kantone setzen sich in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative dafür ein, dass Kinder und Jugendliche sich nach ihren Fähigkeiten bilden können.“**  
Die Vielfalt von Bildungsmodellen und deren **Autonomie** gefördert und finanziert werden.

**Unterstützende**

FPA Freier Pädagogischer Arbeitskreis  
EFFE Europäisches Forum für Freiheit im Bildungswesen  
**Dr. med. Bernhard Wingeler**, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin FMH Klinik Artesheim  
**Dr. med. Urs Jeker**, Kinder und Jugendpsychiater  
**Julia Herold-Guldemann**, Psychologin  
**Dr. med. Peter Schindler**, Facharzt FMH für Psychiatrie / Psychotherapie  
**Dr. med. Silvana Romerio**, Bubendorf  
**Michael Zurverra**, Rektor FFH, Fernfachhochschule Schweiz  
**Linard Bardili**, Liedermacher, Schriftsteller  
**Chris von Rohr**, Rockmusiker, Autor  
**Sibylle und Michael Birkenmeier**, Kabarettisten  
**Priska Jaberg**, Landrätin EVP  
**Bernhard. Bonjour**, SOL in Liestal  
**Pascale Uccella-Klauser**, Landrätin SVP  
**Klaus und Irene Endress**, Unternehmer

NAME / VORNAME PLZ / WOHNORT E-MAIL- ADRESSE UNTERSCHRIFT JA\*

[Redacted signature area]

\* JA, ich möchte mehr Infos. Die Petition kann von allen Personen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität und Wohnort leer kopiert, bestellt oder online unter [www.elternlobby.ch](http://www.elternlobby.ch) unterzeichnet werden. Bitte senden Sie den Bogen zurück -- auch nur eine Unterschrift ist willkommen!

**Begründungen**

**Grenzen des staatlichen Schulmonopols**

1. Die Erziehungsberechtigten tragen die Gesamtverantwortung für das Wohl ihrer Kinder, auch in der Bildung, und dazu brauchen sie entsprechende Entscheidungskompetenzen. **Kinder und Eltern können in der Schule nur mitwirken und in keiner Frage mitbestimmen. Deshalb muss das Menschenrecht der freien Bildungswahl für alle Eltern umgesetzt werden.**

Bitte frankieren

2. Wie verschiedene Studien zeigen, stossen die Volksschulen, allen Kindern gerecht werden, deutlich an ihre Grenzen. Beispiele:  
**Schulabbruch:** Jedes Jahr brechen ca. 5000 Jugendliche frustriert die Schule ab = hohe soziale Folgekosten.  
**Therapien:** Bis zu 50% der 3. Klässler erhalten sondertherapeutische Massnahmen. Der UNO-Kinderrechtsausschuss kritisiert, dass in der Schweiz zu viel ADHS diagnostiziert und zu häufig Psychopharmaka verschrieben werden.  
**Sitzenbleiben:** Fast jedes fünfte Kind wiederholt in der Schweiz ein Schuljahr. Eine Massnahme, die dem Kind in der Regel nichts bringt, den Staat aber ca. Fr. 15'000.- pro Kind im Jahr kostet.  
**Bildungsdefizite:** 20% der Schulabgänger verlassen die Schule als funktionale Analphabeten. Die unzureichende Schulbildung von rund 20% der Schulabgänger (OECD) kostet unsere Gesellschaft jährlich rund 1 Milliarde Franken (Studie des Bundes).  
**Deshalb braucht es verschiedene Bildungsmodelle und den Zugang für alle Kinder, egal aus welcher sozialen Schicht sie stammen.**

elternlobby baselland  
Fredri Jaberg  
Goldbergstrasse 3  
4416 Bubendorf

3. In machen Fällen kann eine nichtstaatliche Schule den Bedürfnissen der Kinder besser **gerecht werden**. Familien, die eine solche Schule wählen, zahlen doppelt: Steuern für die Staatsschulen und Schulgeld für die nichtstaatliche Schule.  
**Deshalb ist Schulwahlmöglichkeit nur mit dem Portemonnaie sozial ungerecht.**

**Studie der OECD in 27 Ländern und 180'000 Schülerdaten:**  
Freie Bildungswahl, Autonomie und Rechenschaftspflicht erhöhen die Schulqualität, Chancengerechtigkeit und Effizienz im Bildungswesen.

Spendenkonto elternlobby.ch 40-207631-4, Vermerk Petition

Liestal 20.11.2019

Petitionsübergabe «elternlobby schweiz», Sektion BL

**„Bildungswahl für alle statt für wenige“**

An den Regierungsrat und den Landrat des Kantons Basellandschaft

**Die elternlobby hat gleichlautende Petitionen in den Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Baselland, Bern, Freiburg, Graubünden, Solothurn, St. Gallen, Wallis und Zürich lanciert.**

**Alle Petitionen werden um den 20. November 2019, dem internationalen Tag der Kinderrechte, übergeben. Und Somit auch unser im Baselland hier am Regierungsgebäude.**

**Wir übergeben ihnen 830 Unterschriften per Internet gesammelt und weitere 341 auf Papier. Also Total 1171 Menschen und schweizweit weit über 10'000 Bürger und Bürgerinnen welche die Rechte vom Bund oder der Menschenrechte in den Kanton umgesetzt sehen wollen.**

**Unser Schulsystem stösst an Grenzen**

Die sonderpädagogischen Massnahmen in der Regelschule nehmen zu und die Anzahl der separierten SonderschülerInnen nimmt trotz Integration nicht ab. Tatsache ist: Die Schulklassen werden immer heterogener. Die Erwartung, allen Kindern eine optimale Schulbildung zu vermitteln, kann im heutigen Schulsystem je länger je weniger erfüllt werden. Verlierer sind die Kinder, die ihr Potenzial nicht entfalten können, in der Schule leiden, oder sogar die Schule verweigern. **Chancengerechtigkeit bedeutet nicht, dass für jedes Kind die gleiche, sondern die individuell beste Bildung ermöglicht wird.**

**Staatsschulwahl**

Die Petition verlangt, dass Staatsschulen und Lehrpersonen mehr Autonomie erhalten und somit eine Vielfalt an Schulmodellen gefördert wird. Eltern sollen ein passendes Schulmodell wählen können. Konfliktsituationen zulasten der Kinder können reduziert werden, wenn Eltern und Lehrpersonen in einer Schule ihrer Wahl besser zusammenarbeiten.

**Entlastung der Staatsschulen durch Finanzierung von Alternativen**

Wenn die Staatsschule einem Kind nicht gerecht wird und eine private Schule die Bedürfnisse des Kindes besser erfüllen kann, soll dies nicht von den finanziellen Verhältnissen der Eltern abhängen. Deshalb sollen zusätzlich diejenigen nichtstaatlichen Schulen öffentlich finanziert werden, die alle Kinder ohne Diskriminierung und unentgeltlich aufnehmen. Das staatliche Angebot kann dadurch entlastet und sinnvoll ergänzt werden.

**Bildungsvielfalt und freie Bildungswahl sind notwendige Voraussetzungen eines chancengerechten Bildungswesens.**

**Damit sind wir auch für eine Aufhebung der Zweiklassen Gesellschaft wie sie nun bei uns besteht.**

Für weitere Auskünfte:  
Fredy Jaberg,



Präsident elternlobby schweiz: 078 675 57 30

Beilagen:

Petition, Begriffserklärung Freie Schulen, Links zu Grenzen, Freie Schulwahl ja aber wie

## Freie Schulwahl? Ja, aber wie?

von Erwin Ogg, Vorstandsmitglied der Elternlobby Schweiz

Der politisch, religiös und auch pädagogisch neutrale Verein Elternlobby Schweiz setzt sich für Vielfalt und Wahlfreiheit im öffentlichen Bildungswesen ein. Warum? Der Sprachwissenschaftler Mario Andreotti, Befürworter einer „starken“ Volksschule, räumte in einer Kolumne im St. Galler Tagblatt unumwunden ein, „dass manche Schüler, die in den staatlichen Schulen durch das Raster fallen, in privaten Einrichtungen bisweilen aufblühen“. Volksschulen sind eben nicht für alle Kinder Erfolgsschulen. Studien und viele Medienberichte der vergangenen Jahre deuten denn auch klar darauf hin, dass eine erhebliche Minderheit der Kinder Probleme mit diesen hat. Beispiele: Zahlreiche Schüler, welche frustriert die Schule abbrechen, eine Klasse repetieren, überfordert oder unterfordert sind, durch den Leistungsdruck krank werden oder teure sonderpädagogische Massnahmen benötigen, um einigermaßen über die Runden zu kommen<sup>1)</sup>.

Es sollte endlich eingesehen werden, dass für eine gute Förderung aller Kinder angesichts ihrer unterschiedlichen Entwicklung und Begabungen Schulen mit verschiedenen pädagogischen Konzepten und Schwerpunkten nötig sind. Soll dazu das bisher öffentliche Schulsystem privatisiert werden? Nein, ganz im Gegenteil: Schulen mit privater Trägerschaft sollen veröffentlicht werden, wenn sie wie die staatlichen Schulen offen und unentgeltlich für alle Kinder zugänglich sein wollen. Dies bedingt natürlich eine öffentliche Finanzierung dieser sogenannten **Freien Schulen**<sup>2)</sup> mit einer Schülerpauschalen. Dass eine öffentliche Institution auch eine privatrechtliche Trägerschaft haben kann, zeigen etwa die Privatbahnen. Innerhalb des um die Freien Schulen erweiterten öffentlichen Bildungssystems sollen dann die Eltern ein für ihr Kind geeignetes Schulkonzept frei wählen können.

Die Erfahrungen vieler Länder mit freier Schulwahl zeigen: Die grosse Mehrheit der Eltern wählt die nächstgelegene Schule. Auch bei einer freien Schulwahl wird die heute vom Staate zugewiesene Schule die Regelschule bleiben. Manche Kinder werden aber bessere Entwicklungsmöglichkeiten finden. Damit wird auch die Chancengerechtigkeit erhöht. Der Gefahr von verstärkter sozialer Entmischung kann durch geeignete staatliche Rahmenbedingungen entgegengewirkt werden. Dazu gehört eine gute Information der Eltern über die Wahlmöglichkeiten, insbesondere von sozial benachteiligten Schichten.

**Wir betonen:** Die Elternlobby schlägt keineswegs die Einführung eines Bildungsgutscheines vor, der an jeder Privatschule eingelöst werden kann, auch an solchen, welche teurer als die Staatschulen sind und daher noch Schulgeld verlangen müssen.

1) s. Beilage „Links zu 20 Medienberichten“

2) s. Beilage „Freie Schulen“, Begriffserklärung

## Eine neue Kategorie von Schulen: Freie Schulen

### Begriffserklärung

Bezeichnung	Staatsschulen	Freie Schulen	Privatschulen
Trägerschaft	öffentlich-rechtliche Trägerschaft	freie Trägerschaft (nicht gewinnorientiert)	privat-rechtliche Trägerschaft
Finanzierung	öffentlich finanziert	öffentlich finanziert	privat finanziert
Zugang	offen für alle Lernenden	offen für alle Lernenden	eingeschränkter Zugang

#### Staatsschulen

Staatsschulen sind Schulen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft. Sie nehmen alle Kinder auf und werden öffentlich finanziert. Das Volksschulgesetz sieht vor, dass staatliche Schulen – ähnlich wie private Schulen - Schwerpunkte setzen und sich profilieren können. Mit der freien Schulwahl wird diese Profilierung und damit ein vielfältigeres und bedürfnisgerechteres Staatsschulangebot gefördert. Gleichzeitig wird den Eltern ermöglicht, aus den verschiedenen Angeboten auswählen zu können. 96% aller Schulen im Kanton Zürich sind Staatsschulen.

#### Freie Schulen

Freie Schulen sind Schulen in freier Trägerschaft und können das pädagogische Modell frei wählen. Sie erfüllen die gleichen Aufgaben wie die staatlichen Schulen und unterstehen staatlicher Aufsicht. Sie sind offen für alle Kinder wie die staatlichen Schulen und werden öffentlich finanziert. Da sie kein zusätzliches Schulgeld verlangen dürfen, erfüllen sie die gleichen Bedingungen wie staatliche Schulen und sind für alle Familien unabhängig vom Einkommen wählbar.

Staatliche und Freie Schulen erfüllen die gleichen Aufgaben, haben die gleichen Bedingungen und ergänzen sich im Angebot.

#### Privatschulen

Privatschulen haben eine privat-rechtliche Trägerschaft und dürfen Schulgeld verlangen. Sie können gewinnorientiert arbeiten und Kinder aus finanziellen, religiösen oder anderen Gründen ausschliessen.

**Freie Schulen** und **Privatschulen** sind nicht dasselbe.

Der Kanton entscheidet über die Anerkennung als Freie Schule.

# Grenzen des staatlichen Schulsystems

Links zu 20 Medienberichten

<https://www.elternlobby.ch/grenzen-des-staatlichen-schulsystems/>

Viele Medienberichte und Studien zeigen, dass die Staatschulen in ihrem Bemühen, allen Kindern gerecht zu werden, an deutliche Grenzen stossen. Beispiele:

**Schulabbruch:** Jedes Jahr brechen in der Schweiz ca. 5000 Jugendliche frustriert die Schule ab. Damit verbunden sind auch hohe soziale Folgekosten. (Quelle: s. Link 1. unten)

**Sitzenbleiben:** Fast jedes fünfte Kind repetiert in der Schweiz ein Schuljahr. Eine Massnahme, die dem Kind in der Regel nicht viel bringt, den Staat aber ca. 24'000.- kostet. (Quelle: s. Link 2. unten)

**Bildungsdefizite:** 20 Prozent der hiesigen Schüler sind nach neun Schuljahren funktionale Analphabeten (Quellen: s. Link 3. & 4. unten)

**Leistungsdruck macht Schüler krank:** Schüler leiden wegen Stress an Schlafstörungen und greifen zu Schmerzmitteln. Schulrechts-Experte Peter Hofmann fordert weniger Tests. (Quellen: s. Link 5 & 6. & 7. unten)

**Therapiewahn:** Auf die Schweiz hochgerechnet nahmen 2009 rund 29'000 Menschen Ritalin. Die meisten waren Kinder zwischen 7 und 18 Jahren. (Quelle: s. Link 8. & 9. unten). Über die Hälfte der Schulkinder im Kanton Zürich erhalten eine sonderpädagogische Massnahme oder eine Therapie. (Quellen: s. Link 10. & 11. & 12. unten)

**Burnout von Schülern:** Jedes dritte Kind leidet in der Volksschule an Burnout-Symptomen. Die Kosten für psychiatrische Leistungen an Kindern und Jugendlichen während ihrer Schulzeit sind in den letzten Jahren explodiert. (Quellen: s. Link 13. & 14. & 15. & 16. unten)

**Überforderung der Lehrpersonen:** Gemäss einer Nationalfondsstudie der Fachhochschule Nordwestschweiz von 2014 fühlt sich jede fünfte Lehrperson «ständig überfordert». Jeder dritte Pädagoge leidet mindestens einmal pro Monat unter depressiven Beschwerden, ebenso viele sind Burnout-gefährdet. (Quellen: s. Link 17. & 18. & 19 unten)

---

1. Margrit Stamm, «**Schulabbruch – Zeugnis des Scheiterns?**», in:

[https://www.nzz.ch/schulabbruch\\_zeugnis\\_des\\_scheiterns-1.4863448](https://www.nzz.ch/schulabbruch_zeugnis_des_scheiterns-1.4863448) erstellt: 08.02.2010

2. Conny Schmid, «**Das verlorene Jahr**», in:

<https://www.beobachter.ch/bildung/schule/sitzenbleiben-das-verlorene-jahr> , erstellt: 28.10.2014

3. Nadja Pastega: «**Jeder fünfte Schüler kann nicht richtig lesen**» in

<https://www.tagesanzeiger.ch/sonntagszeitung/teuer-und-ungeneugend/story/29225461>  
erstellt: 11.12.2016

4. André Schläfli, «**Illettrismus in der Schweiz: Aktuelle Situation und Strategien zur Bekämpfung des Illettrismus**», in:

[https://erwachsenenbildung.at/magazin/07-1/meb07-1\\_04\\_schlaefli.pdf](https://erwachsenenbildung.at/magazin/07-1/meb07-1_04_schlaefli.pdf) , erstellt: 2007

5. B. Zanni: «**Der hohe Leistungsdruck macht die Schüler krank**», in:

<https://www.20min.ch/schweiz/news/story/Der-hohe-Leistungsdruck-macht-die-Schueler-krank-23498300> zuletzt geprüft: 25.01.2016

6. Anja Burri: «**Kinderärzte: Leistungsdruck macht Schüler krank**» in

<http://www.eineschulefuerunsereKinder.ch/medien/29-10-2017-leistungsdruck-mach-schueler-krank/> , NZZ am Sonntag, 29.10.2017

7. Joseph Laimbacher, Chefarzt Jugendmedizin Ostschweizer Kinderspital St. Gallen:

«**Kinderärzte wollen beim Lehrplan 21 mitreden**»

[https://schulblatt.tg.ch/public/upload/assets/24284/TZ\\_Kinderaerzte\\_Lehrplan21.pdf](https://schulblatt.tg.ch/public/upload/assets/24284/TZ_Kinderaerzte_Lehrplan21.pdf)  
erschieden im Tagblatt, 18.4.2015

8. Rinaldo Tibolla: **«UNO kritisiert: Schweizer Kinder schlucken zu viel Ritalin»**, in: <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/uno-kritisiert-schweizer-kinder-schlucken-zu-viel-ritalin-128802818>, erstellt: 06.02.2015
9. NR Yvette Estermann (SVP): **«Motion - Ritalinkonsum in der Schweiz. Die Rüge der Uno ernst nehmen!»**, in: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeff?AffairId=20153146>, erstellt: (keine Angabe)
10. Simone Rau: **«In die Schule, dann zur Therapie»**, in: <https://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/stadt/In-die-Schule-dann-zur-Therapie-/story/28039115>, erstellt: 14.10.2013
11. Raphael Zehnder: **«Therapiewahn an den Schweizer Schulen?»**, in: <https://www.srf.ch/kultur/gesellschaft-religion/therapiewahn-an-den-schweizer-schulen>, erstellt: 25.11.2013
12. Mit Oskar Jenni sprach Ev Manz: **«Die Gefahr von Stigmatisierungen der Kinder ist gross»**, in: <https://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/stadt/Die-Gefahr-von-Stigmatisierungen-der-Kinder-ist-gross/story/29547677>, erstellt: 10.11.2014
13. (Keine Autorenangabe): **«Jetzt gegensteuern, sonst werden die Folgen fatal sein - Warum bereits 11-Jährige ein Burnout erleiden»**, in: <https://www.grenchnertagblatt.ch/schweiz/jetzt-gegensteuern-sonst-werden-die-folgen-fatal-sein-warum-bereits-11-jaehrige-ein-burnout-erleiden-132940290>
14. Fabienne Riklin, Nadja Pastega: **«Jeder dritte Schüler leidet an Burn-out-Symptomen»**, in: <https://www.tagesanzeiger.ch/sonntagszeitung/jeder-dritte-schueler-leidet-an-burnoutsymptomen/story/22251235>, erstellt: 18.08.2018
15. Matthias Meili: **«Burn-out und Suizidgefahr: Notfälle bei Kindern nehmen zu - Kinder- und Jugendpsychiater haben mit zehnmal mehr Fällen zu tun als noch vor zehn Jahren.»**, in: <https://www.tagesanzeiger.ch/wissen/medizin-und-psychologie/das-stille-leiden-der-kinder/story/16937785>, erstellt: 13.11.2017
16. (Keine Autorenangabe): **«Leistungsdruck bis zum Burn-Out - Immer mehr Schüler depressiv»**, in: <https://www.bild.de/ratgeber/2018/ratgeber/leistungsdruck-burn-out-immer-mehr-schueler-depressiv-58009260.bild.html>, erstellt: 24.10.2018
17. wid: **«Ein Drittel der Lehrer ist Burn-out-gefährdet»**, in: <https://www.tagesanzeiger.ch/leben/gesellschaft/Ein-Drittel-der-Lehrer-ist-Burnoutgefaehrdet/story/16963687>, erstellt: 26.10.2014
18. Isobel Leybold-Johnson: **«Schweizer Lehrerverbände schlagen Alarm wegen Burnouts»**, in: [https://www.swissinfo.ch/ger/gesellschaft/schulwesen\\_schweizer-lehrerverbaende-schlagen-alarm-wegen-burnouts/43483274](https://www.swissinfo.ch/ger/gesellschaft/schulwesen_schweizer-lehrerverbaende-schlagen-alarm-wegen-burnouts/43483274), erstellt: 31.08.2017
19. Birthe Homann: **«Die meiste Kritik an Lehrern ist völlig berechtigt»** in <https://www.beobachter.ch/bildung/schule/schule-die-meiste-kritik-lehrern-ist-vollig-berechtigt>  
erstellt: 21.6.2018
20. Yannik Nock: **«Begabte Kinder werden kaum gefördert»**, in <https://www.basellandschaftlichezeitung.ch/schweiz/kluenger-als-die-klassenkameraden-begabte-kinder-werden-kaum-gefoerdert-133955217>, erstellt 14.1.2019

---

Siehe auch: <https://www.elternlobby.ch/grenzen-des-staatlichen-schulsystems/>